

Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Verlagshäusern 1 Mk., monatlich 35 Pf., durch die Postträger und die Post bezogen 1.50 Mk., durch den Postboten und Haus 1.65 Mk., Einzelnummern 5 Pf.
Geschiedt mindestens 6 mal wöchentlich halb 8 Uhr, mit Wasserkunde der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Verlagshäusern am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sseitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seilige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinere Anzeigen 25 Pf. Resten pro Seite 20 Pf. Bei Abschließungen Rabatt. Kleinere werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigensstellen entgegengenommen.
— Nachdruck unterer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unverlangte Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 21.

Freitag den 25. Januar 1907.

33. Jahrg.

Zum Wahltag.

Der Augenblick ist gekommen, wo die Wähler im Deutschen Reich an die Wahlurne treten werden, um in Gestalt ihres Stimmzettels ihren politischen Überzeugungen Ausdruck zu geben. Die Verbündeten Regierungen haben den Appell an das deutsche Volk für notwendig gehalten und es wäre von den Wählern, gleichviel welcher Partei sie angehören, unter allen Umständen ein Unrecht, wollten sie sich dem entziehen, diesem Appell Folge zu leisten. Eine Wahlpflicht besteht zwar nicht, und der Gedanke, eine solche einzuführen, der in letzter Zeit von verschiedenen hervorragenden „nationalen“ Stellen aus ausgesprochen worden ist, wird hoffentlich niemals zur Durchführung gelangen, denn dieser Gedanke ist ein durchaus verfehlter. Schon der Begriff des Wahlrechts würde negiert werden, wenn an seine Stelle die Wahlpflicht trat, aber auch ohne formale Wahlpflicht wird man von jedem deutschen Wahlberechtigten verlangen und erwarten dürfen, daß er von seinem Wahlrecht auch Gebrauch mache. Wenigstens darf das von Jedem erwartet werden, dem es ernst ist um das Wohl des deutschen Reiches.

Fürst Bülow wird ja nunmehr die Probe darauf machen, welche Zugkraft die Parole besitzt, die er als bald nach der Auflösung des Reichstages ausgegeben hat. Sich in Prophezeiungen zu verlieren lohnt nicht. Soviel aber ist sicher, daß diese seine Parole: Gegen Zentrum und Sozialdemokraten von Woche zu Woche weniger Begeisterung erweckt hat. Weder die Rechte noch die Linke haben sich damit begeistern können, ihre Stellungnahme am Wahltag lediglich von derjenigen nationalen Frage abhängig zu machen, auf Grund deren Fürst Bülow eine neue Mehrheit im Reichstage erlangen zu können hofft. Von Woche zu Woche mehr hat sich die Überzeugung geltend gemacht, daß neben der nationalen Frage vor allem auch noch eine andere Hauptfrage den Wahlkampf beherrschen muß: die Frage nämlich, wie stellt sich der Kandidat zu den aktuellen wirtschafts- und kulturpolitischen Problemen? Die Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen gerade auf wirtschaftspolitischen Gebiete waren, sind und bleiben zu groß, als daß sie in einem Augenblicke, wo es sich darum handelt, Vertrauensmänner für eine volle fünfjährige Legislaturperiode in den Reichstag zu schicken, hintangesetzt werden könnten. Es ist unmöglich, einen scharfen Kampf gegen Zentrum und Sozialdemokraten zu führen, wenn man nicht einmal weiß, mit welchem Programm sich die verb. Regierungen bzw. Fürst Bülow tragen, und was für ein Programm Fürst Bülow sich gesetzt hat, davon hat er in allen seinen Kundgebungen auch nicht das Mindeste verraten. In allen seinen Kundgebungen hat er von Konzessionen an die liberale Weltanschauung sein Stillschweigen gesprochen. Er hat es ja wohl nicht gekonnt, denn hätte er es getan, so würde er selbstverständlich die Konservativen bzw. sämtliche Reaktionen vor den Kopf geschoben haben. Aber der Liberalismus andererseits kann durch solche Zurückhaltung des ersten Leiters der Reichsgeschäfte begrifflicherweise nichts weniger als zu blindem Vertrauen veranlaßt werden, er ist vielmehr gezwungen, an dem entscheidenden Tage lediglich dafür zu sorgen, daß soviel als möglich Männer von gefestigter liberalen Überzeugungen aus der Urne hervorgehen. Je mehr, desto besser. Wenn die Regierung nicht aus freiem Willen und nicht gern sich zu Zugeständnissen an den Liberalismus herbeilassen will, so muß sie durch das Wort des Volkes dazu gezwungen werden. Wir hoffen daher, daß alle liberalen Wähler am heutigen Freitag ihre Schuldigkeit

tun werden, und daß keiner zurückbleibt, der nicht durch zwingende Umstände, über die er nicht Herr ist, von ihr fern gehalten wird. Wie starken Anlaß die Liberalen haben, an dem Wahltag lediglich ihre Grundzüge und feinerer Rücksichtnahme auf die Wünsche des Fürsten Bülow zur Richtschnur zu nehmen, haben ja erst neuerdings wieder zwei Momente verschiedener Art klar gestellt, auf die hier wohl ganz besonders hingewiesen werden darf. Einmal die jüngst von händlerischer Seite laut gewordenen Drohung mit Bezug auf Regelung unserer Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten. Diese Angelegenheit ist so wichtig, daß schon allein um ihren Willen es den Liberalen schwer fallen müßte, einem echten Agrarier, selbst wenn er die national-liberale Fahne heraushebt, die Stimme zu geben. Ferner aber ist ja aus Mitteilungen über eine kürzlich stattgehabte Sitzung eines landwirtschaftlichen Vereins in Haynau bekannt geworden, mit welchen Ideen über Volkseigentum sich unsere Konservativen und Agrarier tragen und welche Beschränkung der Volkseigentümer in der Wege leiten würden, wenn sie das Heft in dem neuen Reichstage in die Hand bekämen. Wenn in jener Sitzung ein Rittergutsbesitzer und Oberleutnant der Reserve es fertig bekam, die Ursache der Reuterei auf dem Lande in dem Freizügigkeitsgesetz zu suchen und eine Veränderung des Freizügigkeitsgesetzes anzuregen, — und zwar dahin, daß die Freizügigkeit für die jungen Männer auf dem Lande bis zum miltärfähigen Alter aufgehoben sei, so ist das bezeichnend dafür, wohin evtl. die Reise gehen würde, wenn solchen Herren resp. einer Majorität von solchen Herren das Wohl und Wehe des deutschen Volkes anvertraut würde. Es erübrigt weiteres hinzuzufügen. Der gesamte Liberalismus, soweit er sich seiner Pflichten gegen das Vaterland bewußt ist, wird am heutigen Freitag zur Stelle sein müssen. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, wird, so steht zu hoffen, auch der Erfolg nicht fehlen.

Zu den Wahlen.

Wie die konservativen Führer im Wahlkreis Merseburg-Duerfurt arbeiten. Der Herr v. Hellborn-St. Ulrich teilte kürzlich in einer Versammlung des konservativen Wahlvereins in Mücheln folgende „Tatsachen“ mit:
„Bedauerlich sei es, daß ein Zusammengehen mit den Linken Liberalen in unserem Wahlkreis nicht möglich gewesen sei, weil deren Führer nicht bekannt seien, man auch erwarten konnte, daß die Minderheit sich der Weisheit nähern werde.“
Nicht nur Linkenliberale, Herr v. Hellborn, sondern die **vereinigten Liberalen** des Wahlkreises haben die Kandidatur Koch aufgestellt. Selbst die Nationalliberalen unterstützen diese, wenn auch von konservativer Seite neuerdings versucht wird, die Nationalliberalen in einen rechten, der angeblich für Binkler eintritt, und einen linken Flügel zu scheiden. Den rechten Flügel wird dann jedenfalls der einzige Nationalliberale mit den „dienstlichen Gründen“ vertreten. Wie könnte auch ein wahrhaft Nationalliberaler für einen extrem-agrarisch-konservativen Kandidaten stimmen! Daß unsere Führer nicht bekannt seien, kann nur Herr v. Hellborn behaupten; die übrigen Herren „Rechter“ kennen diese Führer ganz genau und er durfte sich nur bei diesen zu rechter Zeit erkundigen, um für alle Fälle Bescheid zu wissen.
Wieder etwas über geistliche und sonstige Wahlbeeinflussungen. Aus Weissenburg i. E. bringt die „Straß. Zig.“ eine für das Treiben der dortigen katholischen Geistlichkeit charakteristische Zuschrift mit der Spitzmarke: „Wir dürfen nicht“. Es heißt in der Zuschrift: „Herr Göb (der liberale Kandidat im Wahlkreis Weissenburg-Hagenau) hat Recht in allen Evidenzen, wir möchten für ihn auch gern stimmen, aber — wir dürfen nicht! So äußerten sich katholische Wähler des Kreises Weissenburg, die eine der padenden Werberden des liberalen Reichstagskandidaten gehört hatten. Wir möchten wohl — aber wir dürfen nicht. Wir wollen auch liberale Zeitungen lesen, aber wir dürfen nicht. Es ist eine Schande, wie es bei uns zugeht. Man muß sich ja schämen zu sagen, daß man Katholik ist! Wo sind die Massen liberaler Katholiken früherer Zeiten in unserem Lande, schlafen sie alle? Vallen sie alle nur im Saad? Die Zuschrift ist bezeichnend für die dortigen Verhältnisse. — Ebenso bezeichnend ist eine Mitteilung der Straß. „Bürgerzig.“ aus Ommenhausen im. Eine dortige Wahlversammlung, in der der liberale Kandidat Fuchs sprechen wollte, wurde durch liberale Nachschaffter gestört. Schon vormittags wußte man, daß der Redner nicht zu Worte kommen dürfte. So war es denn auch. Auf das „warum?“ gibt folgender Faßband Antwort: Der Herr Vikar Aug redete nach Schluß der Religionsstunde die Schulkinder wie folgt an: „Heute abend kommt ein Mann in die Wirtschaft, um eine Rede zu halten. Derselbe soll jedoch nicht verstanden werden. Ihr alle werdet mir heute um die Zeit in der Wirtschaft sein und so stark lärmen, daß der Mensch nicht gehört wird. Verstanden?“ Mit solchen Mitteln glaubt diese Gesellschaft den Liberalismus zu retten! Und was sie dabei auf die Schulkinder für eine „erzieherische Wirkung“ ausüben, das ist dieser Sorte ganz egal. Nebenliche geistliche Wahlbeeinflussungen unter Mißbrauch der Kanzel werden noch aus dem Spänschen Wahlkreis, aus dem eilffässigen Wahlkreis Altfrisch Thann, ferner aus Hirschberg gemeldet. Hoffentlich ist der neue Reichstag so zusammengesetzt, daß er im Gegenfalle zu dem aufgelösten Reichstage mit diesen geistlichen Agitatoren einmal ein ernstes Wortchen redet, d. h. daß er vor allem Wählern, die auf solche Weise zuhause gekommen sind, für unglücklich erklärt. So wird er sich hoffentlich nicht prostruieren, wie dies der alte Reichstag bei der Wahlprüfung Willberg getan hat.
An die Postbediensteten hat der Staatssekretär des Reichspostamts eine besondere Verfügung in bezug auf die Reichstagswahl erlassen. Die Verkehrsämter waren bereits von den Oberpostdirektionen angewiesen worden, dem Personal die Ausübung des Wahlrechts zu ermöglichen. Der Staatssekretär erinnert hierzu daran, daß während der erforderlichen Dienstbefreiungen nicht nur die Beamten und Unterbeamten, sondern auch die außerhalb des Beamtenverhältnisses stehenden Personen ohne Ausnahme in unverfälschten Genusse ihres Dienst Einkommens verbleiben.
Der Fürst von Fürstenberg in Donau- eschingen, bei dem der Kaiser häufig zur Jagd weilt, hat, wie die „Bairische Landeszeitung“ mitteilt, dem liberalen Wahlkomitee seine sämtlichen verfügbaren Gesabre für die Wahlreisen zur Verfügung gestellt. Bekanntlich ist der Fürst und seine Gemahlin streng katholisch.
Zur Naturgeschichte der Mittelhandver- einigung. Wie der „Bayer. Kur.“ zu melden weiß, hat die Disziplinäre Wächter der deutschen Mittelhandvereingung nicht nur beschlossen, im Wahlkreis München I für den Zentrumskandidaten R. R. Nagler einzutreten, in den übrigen Wahlkreisen aber den Wählern die Wahl frei zu stellen, sondern auf seinen Fall einem Kandidaten vom freisinnig-liberalen Block oder einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben.

Reichstagskandidat aller liberal gestimmten Wähler ist
Gutsbesitzer Koch = Unterjarnstedt.

Der sächsische Saalhäuserverband hat wegen des Vorgehens des sächsischen Militärvereinsbundes gegen die Saalhäuser und Gastwirte (Bewilligung im Falle der Herabgabe von Sälen an sozialdemokratische Versammlungen) nochmals Beratung gepflogen und nochmals beschlossen, nach wie vor die Säle allen Parteien zur Verfügung zu stellen. Das ist ebenso vernünftig wie charakteristisch.

Eine sozialdemokratische Wahlziehung wird dem Anschein nach in Rostock beabsichtigt. Wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, sind dort 800 Arbeiter der Rostocker Reptunwerk und die Arbeiter noch anderer Wahlbezirke von der Sozialdemokratie für den ersten Wahlgang abkommandiert worden, um den Nationalliberalen zu wählen. Die Sozialdemokraten, bei denen derartige Wahlmänner ja nichts Neues sind, wollen auf diese Weise natürlich verhindern, daß der freisinnige mit ihnen in die Stichwahl kommt, in der stillen Hoffnung, dann in der Stichwahl den Sieg zu erhalten.

Sein Lage in Rußland.

Eine angelegentlich des Wärens der Reaktion sehr merkwürdige Meldung übermittelte uns der offiziöse Drabst aus Petersburg. Das Ministerium des Innern, das bekanntlich der Ministerpräsident Stolypin aus inne hat, brachte im Ministerium einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Unverletzlichkeit der Person in der Wohnung und die Unverletzlichkeit des Briefwechsels, verfaßt von einer Kommission unter dem Vorsitz des Mitglieds des Ministers des Innern Katarow. Als obersten Grundsatz stellt der Gesetzentwurf auf, daß eine von der Polizei ohne richterlichen Befehl festgenommene Person innerhalb der ersten 24 Stunden ihrer Verhaftung entweder freigelassen oder von Untersuchungsrichter vernommen werden muß. Nach Prüfung durch den Ministerrat wird der Gesetzentwurf der Duma vorgelegt werden. Vorläufig hat dieser Entwurf rein akademischen Wert, und es kann sehr, sehr lange dauern, bis wirklich ein Gesetzentwurf daraus wird. Man wird wohl nicht fest gehen in der Annahme, daß es sich hier um ein Wahlmänner handelt.

Der russische Marineminister Birlew hat die nachgesuchte Entlassung erhalten. Zum Chef der Flotte wird Generaladmiral Admiral Dikow ernannt, dessen noch nicht ernannter Gehilfe mit der Leitung des Marineministeriums beauftragt wird.

Der „Gapontag“, d. h. der 22. Januar, an dem 1905 die blutigen Ereignisse in Petersburg stattfanden, die als Ausgangspunkt der Revolution betrachtet werden, ist diesmal ruhig verlaufen. Ähnlich wird aus Petersburg gemeldet: Die Bemühungen der sozialistischen Partei, heute zur Erinnerung an die Ereignisse vom 22. Januar 1905 einen Streik zu provozieren, hatten keinen Erfolg. Der Tag verlief überall ruhig und ohne Zwischenfälle. Wie mitgeteilt wird, haben in Gorkow, Warschau, Bialystok, Jzmerino und anderen Städten nur einige Handelsestablishments und Druckereien gefeiert. Überall herrschten Ordnung und Ruhe, außer in Lody, wo die meisten Fabriken feierten, die Läden geschlossen waren und die Zeitungen nicht erschienen. Doch setzten die Fabriken, in denen Arbeiter der demokratischen Partei tätig sind, die Arbeit fort. In Petersburg und Moskau wurde mit ganz geringen Ausnahmen in gewöhnlicher Weise gearbeitet. Die Ruhe war vollständig. Aus Warschau wird dazu noch gemeldet: Da am Dienstag in vielen Bäckereien nicht gearbeitet wurde, herrscht in der Stadt Brotmangel.

Durch einen Bombenfund in der Elektrotechnischen Hochschule zu Petersburg ist ein ganzes Nest revolutionärer und terroristischer Tätigkeit ausgehoben worden. Die Untersuchung begann Dienstag nacht im Konvikt der Hochschule. 200 Polizisten umstellten die Hochschule, die übrigen drangen in das Konvikt ein. „Hände hoch, nicht von der Stelle!“ wurde den Südwarten zugerufen. Man fand eine Menge Sprengstoffe, Bombenbullen, Fortschlagger und verbotene Schriften. Acht Südwarten wurden verhaftet und die Hochschule einweilen geschlossen.

Deutschland.

Berlin, 24. Jan. Der Kaiser traf am Mittwoch mit Automobil um 10 Uhr in Potsdam zur Befichtigung der Rekruten im Langen Stall ein. Anwesend waren zum Empfang der Kronprinz, Prinz Friedrich Leopold, das Hauptquartier, der Chef des Militärkabinetts und viele fremderleiche Offiziere, sowie die direkten Vorgesetzten des ersten Garde-Regiments z. B. Der Kaiser besichtigte die Rekruten der Leib-, vierten, sechsten und ersten Kompanie des ersten Garde-Regiments z. B. und nahm später einen zweifachen Vorbesuch der Rekruten des ganzen Regiments ab. Prinz Eitel Friedrich kommandierte die Rekruten der Leibkompanie. Der Kaiser begab sich dann zu Fuß nach dem Offizierskasino des ersten Garde-Regiments, wo er nach Entgegennahme militärischer Mel-

bungen an dem Frühstück teilnahm. Um 1/2 Uhr begab sich der Kaiser im Automobil wieder nach Berlin zurück. — Mittwoch abend hielten die Majestäten im Säulhof Defilierkur für alle Herren von Militär unter dem üblichen Zeremoniell in Gegenwart der Prinzen, Prinzessinnen und den Gefolgen ab.

— (Prinz August Wilhelm von Preußen) wird, wie verlautet, nach seiner Vermählung, die im Sommer stattfinden soll, die gegenwärtig vom Prinzenpaar Eitel Friedrich bewohnte Villa Liegnitz in Potsdam beziehen. Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich werden bekanntlich nach der am Havelufer bei Potsdam gelegenen Villa Ingenheim übersiedeln, deren Ausbau bald vollendet ist.

— (König Friedrich August von Sachsen) wird sich Anfang März nach Lissabon begeben, um dem Könige von Portugal, einen nahen Verwandten von ihm, einen Besuch abzustatten und im Heimatlande seiner Mutter zu weilen. Die Hinterroute erfolgt auf dem Wasserwege ab Hamburg. Der Tag dazu ist noch nicht genau bestimmt. Während der auf etwa drei Wochen berechneten Abwesenheit des Königs dürfte auch ein Ausflug nach Madrid zum Besuche des spanischen Hofes stattfinden.

— Der Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt ist auf den 4. Februar einberufen worden. Als wichtigste Vorlage dürfte ihm die Regelung der Besoldungsverhältnisse der Geistlichen, Lehrer und Gemeindefunktionäre beschäftigen.

— (Militärisches) Das neue Feldartillerie-Regimentreglement und die neue Schießvorschrift für die Feldartillerie, die von einer in Berlin am 19. d. M. zusammengetretenen Kommission von Generalen und Staboffizieren ihre endgültige Form erhalten und voraussichtlich am 1. April an die Truppen ausgegeben werden sollen, lassen die Frage akut werden, ob nicht in Zukunft ein Gesetzbuch der Reformen grundrichtig ein bestimmter Munitionswagen zuzuteilen sein wird, der im Gefecht unentbehrlich zu sein gehört. Ueber die neue Schießvorschrift verlautet, nach einer Mitteilung der „Münchener Korrespondenz“, daß von dem bewährten Grundgesetz des Ermittlers der Entfernung mittels der Sabel nicht abgegangen werden soll. Das direkte Einschlagen mit dem Brennpunkt soll, abweichend von dem französischen Verfahren, auch in Zukunft auf bestimmte Ausnahmefälle beschränkt bleiben.

— (Ein deutsch-dänischer Vertrag bezüglich der Behandlung der Optantenfinde), der am 11. Januar abgeschlossen worden ist, wird von der „Nord. Allg. Ztg.“ veröffentlicht. In der Einleitung des Vertrags wird betont, daß der Deutsche Kaiser, König von Preußen, im Namen des Deutschen Reichs, das hierbei Preußen auf dessen Antrag vertritt, und der König von Dänemark, von dem übereinstimmenden Wunsch befehle, die in gewissem Bevölkerungsgebiete, insonderheit in bezug auf ihre Staatsangehörigkeitsverhältnisse, bestehende Verwirrung beseitigt zu sein, sowie in der Erwartung, daß durch diesen Vertrag diese von beiden Teilen beabsichtigte Wirkung völlig erreicht werden wird, indem jede der beiden Regierungen in ihrem Staatsgebiete im Rahmen der Gesetz ihres Landes zu diesem Ziele in jeder Weise zu wirken sich anstrengt, zu ihren Bevollmächtigten für den Abschluß eines Vertrages hierüber ernannt haben: der Deutsche Kaiser, König von Preußen: den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Württemberg: den Geheimrat Heinrich Leonhard von Schröckh und Bögenhoff, der König von Dänemark: den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Kammerherren Johan Henrik von Hegermann Lindencrone, welche, nachdem die beiderseitigen Vollmachten in guter und gebührender Form befunden worden sind, sich über die vorgeschlagenen Artikel geeinigt haben. Die Auswechslung der Ratifikation des Vertrages ist am 21. Januar in Berlin erfolgt. — Jedenfalls ist es zu begrüßen, daß in der Tat, wie die „Nord. Allg. Ztg.“ sich ausdrückt, durch den Vertrag ein wunder Punkt der deutsch-dänischen Beziehungen, der lange Zeit hindurch immer wieder Beredsamkeiten und Bestimmungen hervorgerufen hat, beseitigt worden ist. Richtig ist auch, wenn das offiziöse Blatt bemerkt, daß der Vertrag mehr als eine einfache Anerkennung des bestehenden Rechtszustandes sei. Er bedeutet den freien Willen der beiden Regierungen, die in den Grenzgebieten bestehenden Spannungen zu beheben. Damit verlieren deutschfeindliche agitatorische Bestrebungen die Grenze jede Aussicht auf Rückhalt der dänischen Regierung. Der Vertrag wird in den beteiligten Bevölkerungsteilen der Grenzbezirke den inneren Frieden fördern und das gut angebahnte freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark weiter kräftigen.

— (Die Affäre der Rosa Luxemburg vor dem Warschauer Kriegsgericht.) Die „Genossin“ Rosa Luxemburg sendet dem „Vorwärts“ endlich die folgende Mitteilung: „Die von der Posener Presse aus Warschau gemeldete Nachricht, wonach

sieben meiner Mitangeklagten von Warschauer Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden seien, ist unzutreffend. Ich hatte nur einen Mitangeklagten, mit dem zusammen ich der Angehörigen zur sozialdemokratischen Partei“ beischuldig wurde. Unsere Sache ist am 10. d. M. vor dem Kriegsgericht verhandelt worden und mein Mitangeklagter wurde zu acht Jahren Zwangsarbeit, zum Verlust aller bürgerlichen Rechte und zu lebenslänglicher Anstalt in Sibirien. Von einem gegen mich ergangenen Urteil, das auf 15 Jahre Zwangsarbeit lautet, ist mir vom Kriegsgericht keine offizielle Mitteilung gemacht worden; deshalb bin ich nicht in der Lage, mit Sicherheit zu sagen, ob die betreffende Nachricht wahr oder falsch ist. R. Luxemburg.“ — Rosa scheint sehr stolz auf ihre russischen Ergebnisse zu sein; sie sonnt sich mit Behagen in der mystischen Gestaltung ihrer heroischen Taten. Vielleicht macht sich der „Vorwärts“ um die Erforschung der „wahren Ereignisse“ der beiderseitigen, allerdings nachher ausgetragenen Genossen verdient? Die Nachwelt wartet!

Ueber den Wert der Kolonien

hat sich Legationrat a. D. Dr. Alfred Zimmermann kürzlich in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin ganz anders ausgesprochen, als der Kolonialdirektor Dernburg. Dabei kann man Dr. Zimmermanns Sachverstand nicht abschreiben, da er längere Zeit Beamter der Kolonialabteilung gewesen ist. Er hob in seinem Vortrag hervor, daß der Besitz von Kolonien an sich durchaus nicht immer von Nutzen ist. Von entscheidender Bedeutung für den Wert einer Kolonie sei der Umfang, ob sie ein Siedlungsgebiet für Weiße darstelle, oder ob ihre Bevölkerung wenig oder gar nicht kultiviert ist. In unseren deutschen afrikanischen Kolonien fehlt es an brauchbaren Wasserkräften, auch sind bisher noch keine Schiffe und Erzeugnisse für den Weltmarkt dort gefördert worden. Der Besitz allein entscheidet noch nicht den Wert einer Kolonie. Es kommt viel auf die Fähigkeit der Kolonialisten an. Der Vortrag überläßt die Kolonialgeschichte Portugals, Spaniens, das durch Zufall in den Besitz von Kolonien kam und seiner ganzen politischen und sozialen Struktur nach nicht fähig war, auf die Dauer Vorteil für das Volk aus dem Kolonialbesitz zu ziehen, der Niederländer, die aus wirtschaftlicher Notwendigkeit zum Kolonialerwerb gedrängt wurden, ihr Ziel, d. h. Anteil an indischen Handel zu gewinnen, erreichten, aber heute infolge der dort gebübten Ausbeutung in schwieriger Lage sind, Englands in ihren verschiedenen Erfindungen seit dem sechzehnten Jahrhundert und Frankreich, dem der westindische Besitz schon im achtzehnten Jahrhundert eine große Schuldenlast aufgebürdet und dem die Verteilung seines Kolonialbesitzes seine alte Monarchie gelöst hat. Heute steht sein kolonialer Besitz, dessen politische Bedeutung freilich die wirtschaftliche übersteigt, immerhin besser. Heute ist aber der Wert kolonialer Politik anders zu beurteilen, als in früheren Zeiten. Denn während bis gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts alle Rohstoffe allein aus den Kolonien bezogen werden konnten, kommen sie heute aus vielen unabhängigen Produktionsländern, und kein Land ist heute imstande, seinen Bedarf an Rohstoffen und Nahrungsmitteln allein aus seinen Kolonien zu beziehen; denn eine Absperrung würde die Entwicklung jedes Staates hindern: Deutschland bezog 1905 von seinen 398 Millionen Mark für Baumwolle aus den Vereinigten Staaten für 294 Millionen und nur für 98 Millionen Mark aus Britisch-Indien und Ägypten; es bezog für 329,5 Millionen Mark Weizen aus Argentinien, für Kaffee jahre Deutschland 1905 nach Brasilien 98 Millionen Mark, 20 Millionen Mark nach Guatemala und 22 Millionen Mark nach dem südrigen Zentralamerika. Für 33 Millionen Mark Kaffee bezog Deutschland 1905 aus Brasilien, für 14,5 Millionen Mark aus Ecuador und Venezuela, für nur 800.000 Mark aus Kamerun. Kaufschuf kam für 22 Millionen Mark aus Brasilien, für 12 Millionen Mark aus dem übrigen unabhängigen Amerika. Tabak wurde 1905 für 18 Millionen Mark aus Brasilien, für 1,5 Millionen Mark aus Kuba nach Deutschland importiert. Schafwolle für 106 Mill. Mk. aus Argentinien. Eine kluge, weitblickige Handelspolitik ist nach den Vortragenden Anschauung heute volkswirtschaftlich noch wertvoller als der Besitz von Kolonialgebieten. Selbst England bezog bei einer Gesamtimport von 537 Mill. Pfund Sterling 1904 nur für 120 Millionen aus den Kolonien. Bei Frankreich ist der Anteil der Kolonien noch geringer. Die Handelspolitik lehrt, daß so wenig wie früher heute sich ein Weltreich gebildet hat, das sich selbst genügt. Die Kapitalisten der zivilisierten Nationen müssen in der ganzen Welt tätig sein. Der Besitz von Kolonien ist für aufstrebende Staaten keine wirtschaftliche Notwendigkeit, weil jedes Bedürfnis heute durch die Handelspolitik zu befriedigen ist.

Wähler in Stadt und Land

wählt keinen agrarisch-konservativen, aber auch keinen sozialdemokratischen Kandidaten, sondern tretet Mann für Mann ein für den Kandidaten der vereinigten Liberalen

Herrn Gutsbesitzer

William Koch-Unterfarnstedt.

Älterer Krieger-Verein.

Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers treten die Kameraden Sonnabend abend 7 Uhr vor der Wohnung des Hauptmanns Heriel zum

Zapfenstreich
an. Nachher
Festessen
mit anschließendem Ball
in der Reichskrone, wozu Freunde u. Gönner des Vereins hierzu eingeladen werden.
Sonntag früh 9 1/4 Uhr
Antreten zum Kirchgang
bei Hauptmann Heriel. Das Direktorium

Mehler's Restauration,

Kreuzstraße 1.
Heute zum Wahltag
Speckkuchen
sonnt.
Anstich von Bockbier.
Es ladet hierzu ein D. D.

Reichskrone

Heute Freitag von 10 Uhr ab
Wahl-Speckkuchen.
G. Rössner

Bierstube Halber Mond.

Freitag früh 9 Uhr
Speckkuchen.

Waterland.

Heute
Speckkuchen
u. ff. Bockbier.

Zhüringer Hof.

Freitag früh von 10 Uhr ab
Speckkuchen.

Wartburg.

Freitag von 10 Uhr ab
Speckkuchen
für alle Parteien.

Sachse's Restaurant.

Heute von 9 Uhr an
Wahlspeckkuchen.

Ratskeller.

Freitag früh von 10 Uhr an
Wahlspeckkuchen.

Einen Lehrling

Sucht in Offern
Oskar Hüthel, Bädermeister.

Liberaler Wahlverein.

Die liberalen Wähler treffen sich am Freitag abend in der „Reichskrone“ zur Entgegennahme des Wahlergebnisses.

Stimmzettel

sind jederzeit heute
im Wahlbureau Oberburgstr. 6
u. in der Exped. d. Bl. zu bekommen.

Es ist Ehrenpflicht jedes Wählers,

am 25. d. M. seine Stimme abzugeben. Wer, ohne durch Krankheit oder sonstige dringende Abhaltung verhindert zu sein, an der Wahlurne zu erscheinen, sein Wahlrecht nicht ausübt, begeht ein Unrecht gegen sein Vaterland.

Oberrealschule i. Entw. zu Delitzsch.

Die Aufnahmeprüfung für das am 11. April beginnende neue Schuljahr findet Mittwoch den 10. April um 9 Uhr statt. Geburts- und Impfschein, das Schulabgangszeugnis, sowie Feder und Papier sind mitzubringen. Anmeldungen nimmt entgegen und nähere Auskunft erteilt
Direktor Dr. Wahl.

Pfeiffer'sches Institut zu Jena.

Die mit einem Pensionat verbundene Realschule, deren Reifezeugnis zum einjährigen Dienst berechtigt, beginnt das Schuljahr 1907 am 9. April. Gute Aussicht, hervorragende Erfolge. Prospekte auf Wunsch durch den Direktor
Prof. Pfeiffer.

Günther Liebmann,

Burgstraße 5. Merseburg. Telephon 360.
Elektro-Technisches Installationsbureau
für Beleuchtung und Kraftübertragung.
Blitzableiter-, Telephon- u. Signalanlagen.

Bürgerliches Brauhaus

empfiehlt

ff. Bockbier

in Flaschen und Gebinden.

Kaiser-Wilhelms-Halle.

Welt-Panorama.

Am Bodensee.
Konstanz, Insel Mainau,
Bregenz, Friedrichshafen, Überlingen.
Ein herrliche Reise

Hubold's Restauration.

Heute
Schlachtfest.

Einen Sattlerlehrling

Sucht
Gustav Friedrich, Sattlermeister.

Bäckerlehrling

Sucht
Bäckerei und Konditorei **F. Görrike,**
Galle a. S. Merseburgerstraße 15

Arbeitsburichen

im Alter bis zu 16 Jahren gesucht von
C. Göring.

Kräftigen Arbeiter

stellt ein
Georg Göpel.

Schreib- u. Rechenhülfe

für ganze Tage oder mehrere Stunden
vorübergehend gesucht
Entenplan 3.

Lehrer zu Nachhilfekunden

Sucht
Offerten unter **JP 100** an die
Exped. d. Bl. erbeten.

Ein kräftiges Dienstmädchen

wird bei höherm Lohn sofort gesucht. Näheres
in der Exped. d. Bl.

Ein Dienstmädchen

für eine Beamtenfamilie nach Teudern zu so-
fort oder 15 Februar gesucht. Zu erfragen
Zeand 11.

Aufwartung

Sucht
sofort oder per 1. Februar gesucht. Wo?
lagt die Exped. d. Bl.

Aufwartung

für den ganzen Tag gesucht. Delitzsche 5 I.
Verloren
ein silbernes Armband auf dem Wege von der
Gallechenstraße über den Feldweg nach der
Christiansenstraße. Abzugeben gegen Belohnung
Gallechenstraße 29.
Auf dem Wege von Werleburg nach Jöhren
ein Paket, enthaltend 4 Hund Federn, ver-
loren. Gegen Belohnung abzugeben bei
Exped. **H. Meyer, Breitstraße,** oder Frau
A. Erlamünder, Jöhren.
Am Sonntag abend zwischen 8-9 Uhr im
Zirkel hier ein Schirm verlaufen worden.
Umtausch dorthelbst erbeten.
Mittwoch abend von der Frankfurterstraße,
Mitterstraße, Gottshardtsstraße nach der Breiten-
straße ein Geldstück verloren. Bitte abzu-
geben
Breitenstraße 13.
Hierzu eine Beilage.



Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Das oesterreichische Abgeordnetenhaus nahm am Dienstag die Vorlagen zur Verbesserung der Beamten-, Lehrer- und Professorengehälter in allen Lesungen unverändert an und begann hierauf die Beratung der sogenannten „Kongruenzvorlagen“, wonach die Gehälter der Geistlichen erhöht werden sollen. Gegenüber den Bemängelungen der Abgg. Schumeler, Ebner und Tschan, die meinen, die Kirche sei selbst reich genug, um für die Geistlichen zu sorgen, trat der Kultusminister für die Vorlagen ein. — Im ungarischen Koalitionskabinet besteht inoffiziell eine Krise, wie auch das offiziöse „Ungarische Telegraph. Bureau“ in folgender Meldung ausgibt: Während der Sitzung des Abgeordnetenhauses am Dienstag war das Gerücht verbreitet, der Minister des Innern Graf Andrássy habe demissioniert, weil er auf der Ansicht bestarre, der Justizminister Polonyi müsse gegen die gegen ihn gerichteten Beschuldigungen die Gerichte anrufen, während Polonyi dies entschieden ablehne. Diese Meinungsverschiedenheit besteht tatsächlich, doch wird an unterrichteter Stelle auf das entscheidende versichert, Graf Andrássy habe nicht demissioniert; auch die Demission des Gesamtkabinetts wird als unrichtig bezeichnet. Die beunruhigenden Gerüchte haben jedoch eine gespannte Situation hervorgerufen, die in kürzester Zeit ihre Lösung erfahren wird. Einige Blätter betonen die Stellung des Justizministers als erschüttert. — Nach einer ungarischen offiziellen Meldung vom Mittwoch nachmittag gilt in politischen Kreisen der Rücktritt Polonyis als feststehend.

Frankreich. Dem französischen Klerus goldene Brücken zu bauen für einen Rückzug auf dem Boden des Trennungsgesetzes ist Clemenceau mit Eifer bemüht. Ministerpräsident Clemenceau, Justizminister Guot-Desjaigne und Kultusminister Briand legten Dienstag nachmittag in der Kommission der Deputiertenkammer für die Verabschiedung des Plan der Regierung betreffend die Abschaffung der Erklärung dar. Sie sprachen sich dahin aus, es sei nicht nötig, das die Erklärung durch einen Barrer gemacht werde, es sei ausreichend, wenn die Erklärung von zwei Zeugen unterzeichnet sei, vorausgesetzt, daß der Name eines Priesters in der Erklärung angegeben sei. Letzterer könne die Kirche benutzen. Das Fehlen der Pension habe nicht die Abschaffung der Pension zur Folge. Auf Grund dieser Ausführungen zog Flaminin seinen Antrag zurück. Die Kommission nahm den Regierungsentwurf nahezu einstimmig an, nur Ward stimmte dagegen. Flaminin wurde zum Berichterstatter ernannt. Der Gesetzentwurf wird anfangs nächster Woche in der Deputiertenkammer erörtert werden. — Das gedumme Pariser Priesterseminar soll in ein Museum umgewandelt werden. Der Staatssekretär der schönen Künste Ducloux-Beaumais hat einen Entwurf betreffend die Verlegung der Luxemburggalerie nach dem gedummen Seminar St. Sulpice ausgearbeitet und wird diesen dem Minister zur Genehmigung vorlegen. Die neuen Räume werden ungefähr zehnmal größer sein als die der jetzigen Luxemburggalerie. — Die französische Deputiertenkammer hat am Dienstag den Gesetzentwurf angenommen, durch den das am 19. Oktober 1906 in Bern unterzeichnete, von Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Dänemark, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Rumänien, Rußland und der Schweiz geschlossene Zusatzübereinkommen zu der internationalen Übereinkunft vom 14. Oktober 1890 betreffend den Transporth von Waren auf der Eisenbahn genehmigt wird.

Spanien. Die Madrider Wäcker haben nachgegeben. Der spanische Minister des Innern hat sich am Dienstag über die Wäckerfrage ausgesprochen, die nach seiner Meinung gelöst ist, da der größere Teil der Wäckerfabrikanten eingewilligt hat, wieder zu den alten Preisen zu verkaufen. — Unabhängige spanische Zollbeamten legten am Mittwoch in Valencia den größten Teil der Bureaus in Brand. Hierbei kamen mehrere Verwundungen vor.

Marokko. Die Zurückziehung der französisch-spanischen Flottenexpedition aus dem marokkanischen Gewässern ist am Dienstag den beteiligten Mächten offiziell bekannt gegeben worden. „Wolfs Bureau“ teilt darüber, so weit Deutschland in Betracht kommt, folgendes mit: Der französische und der spanische Völkfahrer haben am Dienstag im Auswärtigen Amt in Berlin eine gleichlautende Mitteilung übergeben, worin die baldige Zurückziehung der französischen und der spanischen Kriegsschiffe aus dem marokkanischen Gewässern an-

gekündigt wird. Die Mitteilung stellt mit Befriedigung fest, daß neuerdings die marokkanische Regierung selbst für die Besserung der Lage in Tanger und der näheren Umgebung Sorge getragen hat. Sie weist dann auf die Notwendigkeit hin, die in der Abte von Algeciras vorgesehene Politik mit Beschleunigung einzurichten, und zählt die Schritte auf, die zu diesem Zweck von Frankreich und Spanien in Gemäßheit des diesen Mächten übertragenen Mandats bei der marokkanischen Regierung wie auch bei der Schweiz gemacht worden sind. Die Mitteilung erwartet, daß die Regierung des Sultans auch ihrerseits den ihr für die Einrichtung der Politik obliegenden Pflichten nachkommen wird, und schließt damit, daß nach der Aufassung Frankreichs und Spaniens die Interessen der Scharifischen Regierung wie die der in Marokko lebenden Fremden erst hinreichend gewährleistet sein werden, nachdem ohne Verzögerung, unter bereitwilliger Mithilfe der Regierung des Sultans die in Algeciras grundsätzlich vereinbarte Politik organisiert ist. Staatssekretär v. Tschirch hat bei der Mitteilung mit dem Hinzufügen zur Kenntnis genommen, die deutsche Regierung werde das übrig tun, um die Einführung der Politik zu beschleunigen. Die Dragomane der französischen und spanischen Gesandtschaft in Tanger begaben sich am Dienstag zu Mohammed el Torres, um ihm die von ihnen ins arabische übersehte gemeinsame Note der Kabinete von Paris und Madrid unter den gleichen Formalitäten zu überreichen, wie die französisch-spanische Note vom 5. Dezember. Der französische und der spanische Admiral sollten am Mittwoch abend die Rede von Tanger verlassen. Man glaubt, daß, wie bisher, ein französisches Schiff, wahrscheinlich der „Aïso“, auf der Rede bleiben wird.

Nordamerika. Eine bedenklich Zuspitzung des amerikanisch-japanischen Konflikts muß in einem Telegramm aus San Francisco erklärt werden, wonach auf Grund von Anweisungen aus Washington der Einwanderungskommissar 200 japanischen Arbeitern, die aus Honolulu eintrafen, die Erlaubnis zu landen verweigert hat.

Japan. Japans Finanzlage bezeichnete der Finanzminister Satokami bei Einbringung des Budget in Abgeordnetenshaus als im allgemeinen günstig. Die kurzfristige 6prozentige Anleihe von 200 Millionen Yen sei schon abgetragen worden, andere Zahlungen würden nach und nach geleistet werden. Daß das Werk der Entwicklung der Mandchurei und Koreas den Staatshaushalt sehr schwächen werde, sei nicht zu erwarten. Mit Nachdruck betonte Satokami die bedeutende Zunahme der allgemeinen Einnahme infolge des rapiden Anwachsens des Nationalwohlstandes. Die zu emittierende Anleihe sei ausschließlich für produktive Unternehmungen bestimmt.

Provinz und Umgegend.

† Torgau, 24. Jan. Das Unheil, das der vor einigen Tagen im benachbarten Jetricz unschätzlich gemachte tollwutranke Hund angerichtet hat, nimmt immer weiteren Umfang an. Wir berichteten schon, daß in der Stadt Torgau allein sofort sechs tollwutverdächtige Hunde getötet werden mußten. Oefftern und vorgestern haben sich weitere elf Bestier gemeldet, deren Hunde gleichfalls von dem erkeren gebissen worden sind; auch diese Tiere mußten getötet werden. Zudem sind gestern wieder einige Schulknaben, die gleichfalls in Mitleidenschaft geraten sind, zur Säugstimpfung nach Berlin überführt worden. † Magdeburg, 24. Jan. Der Schreiber Winter und Dregit Schölkemeyer, die am 7. Januar 12000 Mark unterschlugen, sind in Paris verhaftet worden.

† Görlitz, 23. Jan. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in der Halle'schen Straße hierseits. Dort hatte der mit einer Fahre Briketts beimfahrende Kohlenhändler Glout vor einem Laden Halt gemacht, um seine Laterne anzuzünden und diese unter dem Wagen zu befestigen. Als er vor dem Wagen kniete, zogen plötzlich die Pferde an und die Räder gingen dem Bewahrernsmer über Kopf und Brust. Der Tod trat auf der Stelle ein.

† Göttingen, 24. Jan. In der vorletzten Nacht entspann sich in einem hiesigen Restaurant zwischen einem Studenten und einem hiesigen Fischermeister eine ziemlich heftige Debatte über die bevorstehenden Reichstagswahlen, wobei der Student seine Meinung mit solchem Nachdruck dem Reiter aufdrängen wollte, daß dieser über seinen Stuhl stolperte und in die große Spiegelreihe des Lokals fiel. Diese konnte solchen gewichtigen Argumenten allerdings nicht widerstehen und ging in Trümmer.

† Sondershausen, 22. Jan. Der 34. Krankenbericht des Leibarztes über das Befinden des Nachen von gestern lautet: „Die letzte Woche hat nach längerem Stillstand eine kleine Besserung des Allgemeinzustandes Seiner Durchlaucht gebracht. Auch die bisher minimale Bewegungsfähigkeit beider Beine hat einen kleinen Fortschritt gemacht, doch ist derselbe noch nicht derartig, daß Seine Durchlaucht nun nicht mehr ans Bett bezw. den Liegestuhl gestellt wäre.“

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 25. Januar 1907.

„Auf zur Wahl!“ Heute finden im ganzen deutschen Reiche die Wahlen zum Reichstage statt. Mit dem Stimmzettel in der Hand hat der deutsche Bürger zu entscheiden, wen er auf die nächsten 5 Jahre als Vertreter in den Reichstag senden will. In unserem Wahlkreise stehen sich die Kandidaten dreier Parteien gegenüber; der Kandidat der vereinigten Liberalen ist Herr Gutsbesitzer William Koch-

Unterfarnstedt, ein Mann aus dem Volke, Landwirt von Beruf. In allen Wählerversammlungen hat Herr Koch durch sein maßvolles Auftreten den günstigsten Eindruck hinterlassen und vielen seiner Gegner Abtun abgerungen. An den Wählern ist es nun, zu handeln und nicht zu verfehlen, was geeignet ist, den liberalen Kandidaten unseres Wahlkreises Merseburg-Luesfurt in die Stichwahl zu bringen. Denn das ist bei uns auch diesmal nicht ohne eine solche Arbeit, ist wohl niemandem zweifelhaft. Liberale Wähler! Laßt euch weder durch die schönen Reden der Konservativen, noch durch die wüsten Schimpferien und maßlosen Verbächtigungen der Sozialen in eurem Vertrauen zur liberalen Sache betören, tretet Mann für Mann an die Wahlurne und gebt euren Stimmzettel ab für unsern freisinnigen Kandidaten, Herrn Gutsbesitzer William Koch-Unterfarnstedt.

„Die Liberalen müssen heute sämtlich an die Wahlurne!“ Das wird notwendig ist, um unsern freisinnigen Kandidaten in die Stichwahl zu bringen, beweisen die Wählerlisten vom Jahre 1903. Nach dem amtlichen Resultat hat damals Generaldirektor Winkler-Merseburg 10647 Stimmen, Geschäftsführer Mittag-Merseburg 8165 „ Generalsekretär Fischer-Berlin . . . 6774 „ erhalten. Von der Gesamtzahl der Wähler haben 1903 im hiesigen Wahlkreise über 5000 sich der Abstimmung enthalten. Mögen diese an ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber erinnert werden und die Entscheidung zugunsten des freisinnigen Kandidaten herbeiführen!

„Eine zweite konservative Wähler-Versammlung wurde am Mittwoch abend im „Lokal“ abgehalten. Der Besuch war ein guter. Viele liberale Wähler waren ebenfalls erschienen, um sich die Kandidatenrede des Herrn Winkler anzuhören bezw. sich über dessen Programm zu orientieren. Sie mußten aber enttäuscht von bannen ziehen. Herr Verwaltungsratsdirektor Klingholz eröffnete die Versammlung und referierte in eingehender Weise über die allgemeine politische Lage unter besonderer Hervorhebung der Lage im Wahlkreise Unterfarnstedt-Merseburg. Daß dabei die „bösen Liberalen“ auch ihren Teil bekamen, war beinahe selbstverständlich und es wurde darum niemand überrascht. Nach Herrn Klingholz sprach der Kandidat Herr Landrat a. D. Winkler. Er nahm Bezug auf die am vergangenen Freitag bereits gemachten Ausführungen über die Handels-, Finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen, Arme, Flotte und Kolonien und sprach insbesondere zusammenfassend über die Aufgaben der Zukunft. Die Dünast und Deutsch-Südwestafrika bildeten die Grundlagen hierzu unter Annäherung des Gehring'schen Wortes: „Der Kampf, den das Recht erfordert, ist nicht ein Fluß, sondern ein Segen.“ Zum Schluß seiner patriotischen Ansprache betonte Herr Winkler die entscheidende Bekämpfung der Sozialdemokratie. — In der Debatte mußte ein Handwerksmeister die Frage stellen, wie weit die Verhandlungen mit dem Beschäftigten-nachweis für das Baugewerbe geblieben seien, was von dem Kandidaten in der bekannnten Weise beantwortet wurde. Weiter sprachen noch die Herren Superintendenten Wittborn und Seminarlehrer Melinat, die beide auf forderten, der Wahlpflicht am 25. Januar im nationalen Sinne zu genügen. Herr Regierungsrat Schwannert richtete an den Kandidaten die Anfrage bezw. seiner ihm zum Vorwurf gemachten Beamten-unfreundlichkeit. Herr Winkler stellte hierauf fest, daß auch die im „Merseburger Correspondent“ vom 22. v. M. gebrachte angelegliche Berichtigung bezw. seiner Stellungnahme zur Erhöhung des Wohnungsgelbzuschusses der Beamten nicht den Tatsachen ent-

spreche. In längerer Ausführung legte er seinen Standpunkt — er sprach in der Hauptsache von unteren, mittleren und hohen Beamten — in dieser Frage dar; ob es ihm gelingen ist, die Zuhörer zufrieden zu stellen, möchten wir bezweifeln. (An dem uns vorliegenden Stenogramm über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses am 7. Juni 1904 können wir nicht entdecken, daß Herr Winkler von unten, mittleren und hohen Beamten gesprochen hat, sondern nur so, wie wir dies mitteilten. D. Red.) — Mit einer Ermahnung an die Wähler, am 25. Januar ihre Pflicht zu tun, schloß Herr Klingholz die Versammlung mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland.

Wie uns mitgeteilt wird, ist das Restaurant „Kaffhäuser“ in der Steinstraße hier käuflich in andere Hände übergegangen. Der neue Besitzer, Herr Karl Hohmann, wird das Lokal einer durchgreifenden Renovation unterziehen.

(Eingefandt.) Zur Wahl! Mögen die deutschen Wähler heute von einem guten Genuß geleitet den Weg des Fortschritts zur Verwirklichung finden. Mögen alle Wähler die Erwartung der aufrichtigen Freunde und der Führer des Volkes erfüllen und erkennen, was dem Volke, dem geliebten Vaterlande bitter not tut: Einigkeit in allen großen nationalen Fragen. Mögen alle die Wähler erfüllt sein von dem Verständnis der Notwendigkeit und der Bedeutung des von allen ehemaligen und jetzigen Schuttruppen-Angehörigen und sonstigen Afrika- und Kolonialkennern so heiß ersehnten Fortschreitens auf dem von dem jetzigen Kolonialdirektor gewiesenen Bahnen einer neuen wirklich zielbewussten Kolonialpolitik. Sie wird dem Vaterlande, uns und unserer Nachkommen für alle Zeiten reiche Früchte tragen. Wähler! das Vaterland, die Zukunft der Nation, die überschüssigen und besten Kräfte der deutschen Jugend werden eink Kaufmannschaft von Euch verlangen. Soll die deutsche Jugend, welcher die Heimat zu eng und keinen Platz mehr bietet, sich auch fernhin in fremden englischen und französischen Kolonien, in Amerika und anderen Ländern unter schweren Gefahren eine neue Heimat suchen müssen und für die Heimat, das Vaterland, verloren gehen? Sollen unsere Kinder, unsere tauffähigen, fleißigen Jungens, aus der Heimat verdrängt, in fremden Ländern fernhin zum Reichtum und zur Stärkung uns feindlich gesinnter Nationen und indirekt zum Niedergang des Vaterlandes beitragen? Oder sollen sie in Jung-Deutschland mit Muttersprache und Heimat-Sitten in unseren Kolonien finden? Wähler! könnt Ihr noch zweifeln, daß Ihr Eure Stimme nur einem nationalen Kandidaten geben könnt? Nein, nein und nochmals nein. Ein starkes einiges Deutsches Reich mit blühenden Kolonien, ein tauffähiges, freies und gebildetes Volk, in dem gleich einem gesunden starken Baume — eine leistungsfähige Landwirtschaft die Wurzeln, blühende Industrie und reicher Handel die Zweige und Äste bilden, das sei unter deutsches Vaterland. Ein ehemal. Schuttruppier.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

nn. Wallendorf, 20. Jan. Infolge des Hochwassers der Lippe, das bis jetzt noch nicht erheblich zurückgegangen ist, sind die Straßen Wallendorf Burglebenau, sowie der Fürstendam für Fußverkehr unpassierbar. Das Entfernern des Eises dürfte auch wohl noch einige Tage dauern. Schnelle Abhilfe wird im Interesse des Verkehrs dringend ersehnt.

Q. Wehlig, 23. Jan. Der Arbeiter Wegig war in den Wald gegangen, jedenfalls um sich etwas Holz zu holen. Er hatte das Unglück, zu Falle zu kommen und beide Beine zu brechen. Glücklicherweise waren Leute in der Nähe, die ihn auf einem Handwagen nach Hause bringen konnten. Sofort wurde natürlich nach Scheubig zum Arzt geschickt. Aus unbekanntem Gründen war aber von den drei Herren keiner bereit, dem Verunglückten zu helfen. (W. ist jetzt arbeitslos und in seiner Krankenliste.) Erst durch Vermittlung des Herrn Dr. v. Siedow's Hauptmann kam einer der Herren Herge. Die beiden 24 Stunden waren aber vergangen, ehe dem Verunglückten Verringerung seiner Schmerzen gebracht wurde.

w. Dellnitz, 23. Jan. Der in der hiesigen Goebde'schen Ziegelei als Feuermann beschäftigte Arbeiter Ernst Richter von hier erkrankte mittig dadurch einen Unfall, daß er beim Einladen der beladenen Tonwägen auf den Schienen aufsprang und mit dem Kopfe gegen das Gestell des Wagens fiel. Der Sturz war so heftig, daß R. außer einer erheblichen Verletzung des Auges auch das Gesicht und den Arm über zurückste und sich infolgedessen schleunigst in ärztliche Behandlung begeben mußte. — Der Schulknabe B. von hier brach gestern an einer gefährlichen Stelle der Elster durchs Eis und hätte zweifellos ertrinken müssen, wenn er nicht hätte noch rechtzeitig gerettet werden können. Daher Vorficht beim Eislaufen auf fließenden Gewässern!

S Dürrenberg, 24. Jan. Endlich ist es der Gendarmerei gelungen, den die hiesige Gegend in den letzten Wochen in Aufregung haltenden Gänse Dieb in der Person des Arbeiters Friedrich Wicke aus Zöllmitz festzunehmen. W. wurde gestern in der elterlichen Wohnung von Fußgänger Wöhlhing hier verhaftet und in der Arrestzelle in Dürrenberg inhaftiert. Er ist gefänglich, die vier Gänse des Arbeiters August Gräfe in Gobbula (nicht Dr. Richter Gräfe) in der Nacht vom 7.—8. d. M. gestohlen und in Rosten an einen gewissen Handelsmann Bernhardt das Pfund zu 55 Pf. verkauft zu haben. Ferner hat er auch gefanden, den Zigarren Dieb in Gröllwitz mit einem Komplizen namens Müller aus Halle ausgeführt und dieselben in Gobbula, Kl. Corbeia und Wenzelsdorf verkauft zu haben. Den Gänse Diebstahl in Dürrenberg will er nicht ausgeführt haben, dagegen hat er sich sechs Mal vermieht und den Missetäter erhalten, ohne daß er angezogen ist und zwar in Creppau, Daspig, Gröllwitz, Köpschen, Ebronig und Ammerdorf. Es war die höchste Zeit, daß der Fang glückte, denn heute hätte nach seiner Aussage W. falsche Papiere erhalten, mittels deren er verurteilt worden. (D. Jg.)

S Scheubig, 23. Jan. Die so schnell und heftig eintreffende große Kälte hätte in Freitoda heute morgen bald ein Menschenleben gefordert. Der Briefträger Berndt war auf seinem üblichen Postgange von hier nach Freitoda begriffen, als er bei der Windmühle ohnmächtig zusammenbrach und liegen blieb. Vorbeikomende haben den bereits Erstarrten auf und transportierten ihn nach dem Gashof. Hier erholte sich B., konnte aber den regelmäßigen Postgang nicht weiter ausführen. Hoffentlich hinterläßt der Unfall keine nachteiligen Folgen.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 10 Jahren, am 26. Januar 1897, kam es bei Verhandlungen in Strazßen zu einem Gezecht zwischen den Russen und Franzosen, in welchem die Russen triumphieren. Der russische General Benningsen hatte den Plan entworfen, über Braunschweig nach Bromberg zu ziehen und so den Krieg in den äußersten Westen Polens zu verlegen. Benningsen hatte sich mit seiner Hauptmacht laum in Warich gesammelt, als Napoleon herbeikam, um die linke Flanke der Russen mit ihrer eigenen Macht anzugreifen. Sein Plan mißlang jedoch, weil er durch eine aufgesetzene Depesche dem russischen Feldherrn verraten wurde. Allerdings gelang auch den Russen nicht die Bewegung von Braunschweig, in welchem der wadere 73jährige General L'homme de Courbiere kommandierte. Dennoch gebierte Strazßen zu den wenigen preussischen Feldzügen die nicht kapitulierten und sich bis zum Abschluß des Friedens hielten.

Wetterwarte.

Vorausichtiges Wetter am 25. Jan.: Wechselnd bewölkt, windig, gelinderes Wetter; zeitweise Schnee. — 26. Jan.: Teils heiteres, teils wolfiges Wetter mit zunehmendem Frost; kein oder wenig Schnee.

Vermischtes.

* (Hundert Mark Belohnung) sind von den Geleitzitätsstellen der Stadt Kranichburg für Ermittlung derjenigen Diebe ausgelegt worden, welche seit einiger Zeit die Stromkabel zerlösen und stehlen. Die Freiheit dieser Kabel-diebe ist nicht selbst vor unterirdischen Leitungen nicht zurück. Am Verbindungsnetz haben am Dienstag die Kabel der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die einen Wert von 500 Mk. haben, bloßgelegt worden.

* (Vollständig niedergebunden) ist, wie der „Vogelwachtel Anzeiger“ aus Wylau meldet, am Mittwoch früh die an der Gölzisch gelegene mechanische Kammmweberei der Gebrüder Chevalier. Zwei Arbeiterinnen sind in den Flammen umgekommen, und ein Arbeiter wurde schwer verletzt. Es sind dadurch 20 Arbeiter brotlos geworden.

* (Der Saum der Prinz Ernst Friedrich) der angehtig gestanden sein sollte, ist wohlbehalten in New-York eingetroffen.

* (Zur Erdbebenkatastrophe in Kingston.) In Kingston wurden bis jetzt 1000 Tote festgestellt. Der Sachschaden beträgt 30 Millionen Dollars. Die Namen der verunglückten Deutschen sind: Zimmermeister Wilmann, Ernst Wagnus, Frau Hart, Mühlsteinhändler Steinte, Hermann Stern und Ernst Sauer.

* (Doppelselbstmord.) In Nürnberg haben sich zwei Schweigern, die als Privatier in der Pflanzersstraße wohnten und seit längerer Zeit nebenbei gewerbetreibend waren, von ihrer im 3. Stock belegenen Wohnung an den Hofraum hinabgesprungen, wo sie zerstückelt liegen blieben. Der Mann hat dem Brandstiftungsbeschuldigten der Königin-Luise-Grube bei Gleswitz, durchschlug am Dienstag vormittag das Feuer die aufgestellten Dämme. Ist in der Nähe arbeitende Bergleute erlösten durch die herabdringenden Flammen und brennenden Erde schwere Brandwunden. Die Verunglückten wurden in das Knappschaftshospital gebracht. Die Aufräumarbeiten wurden sofort in Angriff genommen.

* (Eisenbahnunglück.) Der Bremer Schnellzug überfuhr bei Berlin mehrere Personen, von denen 2 getötet wurden. Ein Dritter wurde schwer verletzt.

* (Freiwillig geküßt.) Der Würder der Elise Funf, der Ausgehrt Weiger, hat sich selbst geküßt. Er geht das Verhältnis mit der Funf und die Tat ein; er will durch Beschimpfung dazu gereizt worden sein.

* (Wiltiger Aufruf in einer Wählerversammlung.) Aus Wlendorf a. d. Weira wird gemeldet: In einer hier abgehaltenen Wählerversammlung, in der der Reichstagskandidat Knab sprach, kam es zu einem blutigen Aufruf. Die in dieser Zeit erschienenen Sozialdemokraten stießen die Versammlung durch fortgesetzte Zwischenrufe. Der Hauptkasseler wurde an die Luft geblasen. Als der anwesende Gendarm ihn daran hinderte, wider in den Saal zugehen, vertrieb ein Arbeiter dem Gendarm einen

solchen Stoß vor die Brust, daß dieser rüdtlings zu Boden fiel. Als der Gendarm am Boden lag, nahm ein betreffender Arbeiter den am Boden liegenden Helm und warf ihn gegen den Gendarm, wobei dieser am Kopf verletzt und die Helmplatte zerbrochen wurde. In der Notwehr jagte darauf der Gendarm das Stetungemehr und vertrieb damit dem Angreifer einen mächtigen Hieb über den Kopf. Der Gendarm legte selbst dar, daß dem Arbeiter ähnliche Hilfe antel wurde.

* (Eisenbahnunglück.) Zu dem Unglück auf der Königin-Luise-Grube bei Gleswitz (Schleien) wird amtlich gemeldet: Sieben Bergleute sind schwer, einer lebensgefährlich verletzt. Das Unglück ist auf die Explosion von brennenden Steinen zurückzuführen. Die Brandstätte ist am Mittwoch bereits begangen worden, die Abräumarbeiten sind sofort in Angriff genommen und werden in wenigen Tagen beendet sein. Eine Gefahr liegt nicht mehr vor.

* (Kohlengasvergiftung.) Der Vorfall in Falkenberg, wo wie wir kürzlich berichteten, die aus drei Personen bestehende Familie des Landwirts Wlert in einer Nacht den Tod fand, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Durch die Obduktion der Leichen ist festgestellt, daß die drei Personen eine Kohlengasvergiftung zum Tode erlitten hatten.

* (Schwere studentische Ausschreitungen in Lemberg.) Vor mehreren Tagen weiterten sich die turbulenten Studenten, bei der Immatrikulation an der Universität Lemberg das Gelächter in polnischer Sprache zu leiten. Mittwoch mittig drangen etwa 200 erregte Studenten in die Straßen und knüttelten besonnen in die Mauern der Universität, was gerade eine Promotion stattfinden sollte. Die ringsumher alle Einrichtung, die Fortschritt der Studenten und die Gasfahrlauber und legen in den Nebenlokalitäten, in dem Universitätsbureau, den Bezirken und Korridoren ihr Verhängniswort fort, zertrümmerten die Fensterhebel und schüttelten im Treppenhause aus den Hörsälen hebelgeschlepte Stühle auf. Der Universitätssekretär erhielt durch Stöße mehrere schwere Verletzungen am Kopf. Die Exzessanten weigerten sich, ihre Unverschämtheiten zu beenden. Als Polizeibeamte am Eingangstrasse die Missetäter verhaften wollten, erklärten sich 150 Studenten bereit, sich auf das Polizeigebäude zu begeben, wo sie einem Verhör unterworfen wurden.

* (Wirtinige Kälte überall.) Das Thermometer zeigte in Wien am Dienstag früh — 16 Grad Reaumur. In Bamberg, 23. Jan. Das durch eingetretene Frostwetter läßt die Elbischiffahrt zum Aufbruch einhigen Tagen war der Betrieb verkehrsmäßig wieder aufgenommen worden, mußte aber wieder eingestellt werden. — Helligkeit, 23. Jan. Auf dem hochgelegenen „rauchen“ Gletscher die seit gestern eingetretene Kälte überdort. Eine derart enorme, mit eisigen Winden verbundene Kälte ist selbst auf unseren Landstrich seit langen Jahren nicht zu vergleichen gewesen. In der letzten Nacht sank das Gletschermometer auf 20 Grad unter Null. Der nicht unbedingt wahr, mag sich nicht in's Freie und dann nur langsam eingestrichelt. — Der Frost in Berlin und Umgebung hält an. In verengelten Stellen verzeichnete man gestern früh 23 Grad Celsius Kälte. Das Barometer stand 784 Millimeter. Aus allen Teilen des Reichgebietes liegen Meldungen über tiefe Fröde, die Schiffe vor dem Auslaufen durch Eis zu verhindern. Der Frost hat bei hiesigen Winden noch zu verzeichnen. Heute herrschen 13 Grad Kälte. Die Schifffahrt ist noch behindert, es liegen mehrfach durch Stürzen beschädigte Schiffe ein. Der Verkehr auf der Elbe wurde heute vormittag eingestellt. Die Wahnzüge, besonders die vom Süden kommenden, laufen mit Verspätungen ein, die Postkassen konnten nicht 12 Stunden verspätet zur Abfertigung. Bei Altona wurden 3 Personen ertrunken aufgefunden. — Magdeburg, 23. Jan. Die Schifffahrt auf der Elbe ist wegen starken Eisgangs eingestellt. Verschiedene Fahrzeuge, die den Hafen nicht erreichen konnten, liegen verankert im Eisgang. — Rom, 23. Jan. In ganz Mittelitalien herrscht seit 48 Stunden dichter Schneefall, der Verkehr ist unterbrochen; viele Gebirgsdörfer sind vom Verkehr völlig abgeschnitten. Ein derartiger Schneefall ist seit 14 Jahren in Italien nicht mehr zu verzeichnen gewesen. — Leipzig, 23. Jan. Hier ist der Frost wieder im Zunehmen begriffen. Gestern Abend ist ein Hagel von Eiskugeln, der außerhalb der Stadt ausgefegt war, erloschen. Die Rettungsgesellschaft hat innerhalb 48 Stunden in 400 Fällen interveniert.

Neueste Nachrichten.

Stettin, 24. Jan. Die Untersuchung in Sachen der Koschwindelerei der Misstobank in Stettin ergab, daß 50 000 Mk. unterschlagen worden sind, die von Reichgläubigen aus allen Teilen Deutschlands binnen fünf Tagen eingekandt worden waren. Außer dem Prokuristen Kadermann ist auch der Kaufmann Potenberg verhaftet worden.

Frankfurt a. M., 24. Jan. In Müde fiel eine Frau während eines epileptischen Anfalls auf den glühenden Ofen und wurde bei lebendigem Leibe geröstet.

Breslau, 24. Jan. In der städtischen Gasanstalt zu Randeburg wurden nachts drei Gasarbeiter tot aufgefunden, die den Kohlendampf zum Dyer gefallen waren.

Essen, 24. Jan. Die Drofsche des Direktors Brenner wurde an einem Eisenbahnübergange vom Zuge erfasst. Brenner wurde schwer verletzt. Der Kutscher erkrankte sich später in Siall.

Waren- und Produktendörse.

Berlin, 23. Jan. Weizen 1000 kg Mai 155,75, Juli 186,75, Sept. —, Mt. Roggen 1000 kg Mai 169,75, Juli 170,75, Sept. —, Mt. Hafer 1000 kg Mai 169,75, Juli 170,50, Mt. Mais 1000 kg Mai 128,50, Juli 127,50, Mt. Weizen 100 kg Jan. —, Mai 60,90, Dt. 55,40 Mt.

Neuerlicher starrer Frost und die weitere keine Verbesserung in Nordamerika und England machen das Angebot von Weizen und Roggen so zurückhaltend, daß der beschriebene Verkehr noch etwas mehr als gestern zählen mußte. Hafer war fest, doch wenig begehrt. Weizenbrot Getreide läßt sich etwas höher vermerken; Weizen geriet bei veränderten Verhältnissen entziehen in Mitleid. Wetter: Frost.

Extra-Blatt

des

„Merseburger Correspondent“.

Freitag, den 25. Januar 1907.

Reichstagswahl-Resultate aus dem Wahlkreise Merseburg-Querfurt.

Stadt Merseburg.

1. Wahlbezirk (Rathaus). Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 642. Davon erhielten
Gutsbesitzer Koch-Unterfarnstedt 342,
Generaldirektor Winkler-Merseburg 126,
Redakteur Pollender-Leipzig 172.
(Zersplittert 2 Stimmen.)

2. Wahlbezirk (Kaiser-Wilhelm-Halle). Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 702. Davon erhielten

Gutsbesitzer Koch-Unterfarnstedt 288,
Generaldirektor Winkler-Merseburg 181,
Redakteur Pollender-Leipzig 229.
(Zersplittert 4 Stimmen.)

3. Wahlbezirk (Tivoli). Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 633. Davon erhielten
Gutsbesitzer Koch-Unterfarnstedt 244,
Generaldirektor Winkler-Merseburg 156,
Redakteur Pollender-Leipzig 232.
(Zersplittert 1 Stimme.)

4. Wahlbezirk (Herzog Christian) Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 584. Davon erhielten
Gutsbesitzer Koch-Unterfarnstedt 237,
Generaldirektor Winkler-Merseburg 53,
Redakteur Pollender-Leipzig 292.
(Ungültig 2 Stimmen.)

5. Wahlbezirk (Thüringer Hof). Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 583. Davon erhielten
Gutsbesitzer Koch-Unterfarnstedt 243,
Generaldirektor Winkler-Merseburg 68,
Redakteur Pollender-Leipzig 271.
(Zersplittert 1 Stimme.)

6. Wahlbezirk (Augarten). Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 504. Davon erhielten
Gutsbesitzer Koch-Unterfarnstedt 183,
Generaldirektor Winkler-Merseburg 46,
Redakteur Pollender-Leipzig 275.

Die Gesamtzahl der in allen 6 Wahlbezirken abgegebenen gültigen Stimmen beträgt somit 3638, wovon Gutsbesitzer Koch 1537, Generaldirektor Winkler 630, Redakteur Pollender 1471 zufielen. Mehrere Stimmen zersplitterten sich, einige waren ungültig.

Von Ortschaften gingen ein:

Oberwünsch. Koch 58, Winkler 24, Pollender 13. 1 Stimmen ungültig.

Jöschen. Koch 64, Winkler 51, Pollender 52.

Spergan. Koch 71, Winkler 98, Pollender 26.

Collenbey. Koch 13, Winkler 11, Pollender 6.

Querfurt. Koch 442, Winkler 171, Pollender 300.

Leuna. Koch 66, Winkler 16, Pollender 18.

Gesamtergebnis:

Koch 7472,

Winkler 10347,

Pollender 8013.

Stichwahl zwischen

Winkler u. Pollender.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.



Verzeichniß

„Bücherverzeichniß der Bibliothek“

Verzeichniß der Bücher

Verzeichniß der Bücher

Verzeichniß der Bücher

Verzeichniß der Bücher

Verzeichniß der Bücher

Verzeichniß der Bücher

Verzeichniß der Bücher

Verzeichniß der Bücher

Verzeichniß der Bücher

Verzeichniß der Bücher



Correspondent.

Bezugspreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Verlagshäusern 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Ausdrucker und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten und Haus 1,25 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen; in den Abgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essentliches illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seite landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die eins. Zeile für den Raum f. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinere Anzeigen 25 Pf. Restamen pro Seite 80 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Bezogen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
Radbrud. untere Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unverlangte Einlegungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 21.

Freitag den 25. Januar 1907.

33. Jahrg.

Zum Wahltag.

Der Augenblick ist gekommen, wo die Wähler im Deutschen Reich an die Wahlurne treten werden, um in Gestalt ihres Stimmzettels ihren politischen Überzeugungen Ausdruck zu geben. Die Verbündeten Regierungen haben den Appell an das deutsche Volk für notwendig gehalten und es wäre von den Wählern, gleichviel welcher Partei sie angehören, unter allen Umständen ein Unrecht, wollten sie sich dem entziehen, diesem Appell Folge zu leisten. Eine Wahlpflicht besteht zwar nicht, und der Gedanke, eine solche einzuführen, der in letzter Zeit von verschwiegenen herovorrangenden „nationalen“ Stellen aus ausgesprochen worden ist, wird hoffentlich niemals zur Durchföhrung gelangen, denn dieser Gedanke ist ein durchaus verkehrter. Schon der Begriff des Wahlrechts würde negiert werden, wenn an seine Stelle die Wahlpflicht trat, aber auch ohne formale Wahlpflicht wird man von jedem deutschen Wahlberechtigten verlangen und erwarten dürfen, daß er von seinem Wahlrecht auch Gebrauch mache. Wenigstens darf das von jedem erwartet werden, dem es ernst ist um das Wohl des deutschen Reichs.

Fürst Bülow wird ja nimmer die Probe darauf machen, welche Zugkraft die Parole besitzt, die er als bald nach der Auflösung des Reichstages ausgegeben hat. Sich in Prophezeiungen zu verlieren lohnt nicht. Soviel aber ist sicher, daß diese seine Parole: Gegen Zentrum und Sozialdemokraten von Woche zu Woche weniger Begeisterung erweckt hat. Weder die Rechte noch die Linke haben sich damit begnügen können, ihre Stellungnahme am Wahltag lediglich von derjenigen nationalen Frage abhängig zu machen, auf Grund deren Fürst Bülow eine neue Wehrzeit im Reichstage erlangen zu können hofft. Von Woche zu Woche mehr hat sich die Überzeugung geltend gemacht, daß neben der nationalen Frage vor allem auch noch eine andere Hauptfrage den Wahlkampf beherrschen mußte: die Frage nämlich, wie stellt sich der Kandidat zu den aktuellen wirtschafts- und kulturpolitischen Problemen? Die Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen gerade auf wirtschaftspolitischen Gebieten waren, sind und bleiben zu groß, als daß sie in einem Augenblicke, wo es sich darum handelt, Vertrauensmänner für eine volle fünfjährige Legislaturperiode in den Reichstag zu schicken, hintangefegt werden könnten. Es ist unmöglich, einen scharfen Kampf gegen Zentrum und Sozialdemokraten zu führen, wenn man nicht einmal weiß, mit welchem Programm sich die verb. Regierungen begn. Fürst Bülow tragen, und was für ein Programm Fürst Bülow sich gesetzt hat, davon hat er in allen seinen Kundgebungen auch nicht das Mindeste verraten. In allen seinen Kundgebungen hat er von Konfessionen an die liberale Weltanschauung kein Sterbenswörtchen gesprochen. Er hat es ja wohl nicht gekonnt, denn hätte er es getan, so würde er selbstverständlich die Konservativen begn. sämtliche Reaktionäre vor den Kopf gestoßen haben. Aber der Liberalismus andererseits kann durch solche Zurückhaltung des ersten Leiters der Reichsgeschäfte begreiflicherweise nichts weniger als zu blindem Vertrauen veranlaßt werden, er ist vielmehr gezwungen, an dem entscheidenden Tage lediglich dafür zu sorgen, daß soviel als möglich Männer von gefestigter liberalen Überzeugungen aus der Urne hervorgehen. Je mehr, desto besser. Wenn die Regierung nicht aus freiem Willen und nicht gern sich zu Zugeständnissen an den Liberalismus herbeilassen will, so muß sie durch das Wort des Volkes dazu gezwungen werden. Wir hoffen daher, daß alle liberalen Wähler am heutigen Freitag ihre Schuldigkeit

tun werden, und daß keiner zurückbleibt, der nicht durch zwingende Umstände, über die er nicht Herr ist, von ihr fern gehalten wird. Wie starken Anlaß die Liberalen haben, an dem Wahltag lediglich ihre Grundzüge und feinste Rücksichtnahme auf die Wünsche des Fürsten Bülow zur Rücksichtnahme zu nehmen, haben ja erst neuerdings wieder zwei Momente verschiedener Art klar gestellt, auf die hier wohl ganz besonders hingewiesen werden darf. Einmal die jüngst von bündlerischer Seite laut gewordenen Drohungen mit Bezug auf Regelung unserer Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten. Diese Angelegenheit ist so wichtig, daß schon allein um ihrerwillen es den Liberalen schwer fallen müßte, einem echten Agrarier, selbst wenn er die national-liberale Fahne heraushebt, die Stimme zu geben. Ferner aber ist ja aus Mittellungen über eine kürzlich stattgehabte Sitzung eines landwirtschaftlichen Vereins in Haynau bekannt geworden, mit welchen Ideen über Volkswirtschaft sich unsere Konservativen und Agrarier tragen und welche Beschränkung der Volkswirtschaft in die Wege leiten würden, wenn sie das Heft in dem neuen Reichstage in die Hand bekämen. Wenn in jener Sitzung ein Rittergutsbesitzer und Oberleutnant der Reserve es fertig bekam, die Ursache der Leutenot auf dem Lande in dem Freizügigkeitsgesetz zu suchen und eine Änderung des Freizügigkeitsgesetzes anzuregen, — und zwar dahin, daß die Freizügigkeit für die jungen Männer auf dem Lande bis zum militärfähigen Alter aufzuheben sei, so ist das bezeichnend dafür, wohin event. die Reise gehen würde, wenn solchen Herren resp. einer Majorität von solchen Herren das Wohl und Wehe des deutschen Volkes anvertraut würde. Es erübrigt weiteres hinzuzufügen. Der gesamte Liberalismus, soweit er sich seiner Pflichten gegen das Vaterland bewußt ist, wird am heutigen Freitag zur Stelle sein müssen. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, wird, so steht zu hoffen, auch der Erfolg nicht fehlen.

Zu den Wahlen

Der Wahltag ist gekommen, wo die Wähler im Deutschen Reich an die Wahlurne treten werden, um in Gestalt ihres Stimmzettels ihren politischen Überzeugungen Ausdruck zu geben. Die Verbündeten Regierungen haben den Appell an das deutsche Volk für notwendig gehalten und es wäre von den Wählern, gleichviel welcher Partei sie angehören, unter allen Umständen ein Unrecht, wollten sie sich dem entziehen, diesem Appell Folge zu leisten. Eine Wahlpflicht besteht zwar nicht, und der Gedanke, eine solche einzuführen, der in letzter Zeit von verschwiegenen herovorrangenden „nationalen“ Stellen aus ausgesprochen worden ist, wird hoffentlich niemals zur Durchföhrung gelangen, denn dieser Gedanke ist ein durchaus verkehrter. Schon der Begriff des Wahlrechts würde negiert werden, wenn an seine Stelle die Wahlpflicht trat, aber auch ohne formale Wahlpflicht wird man von jedem deutschen Wahlberechtigten verlangen und erwarten dürfen, daß er von seinem Wahlrecht auch Gebrauch mache. Wenigstens darf das von jedem erwartet werden, dem es ernst ist um das Wohl des deutschen Reichs.

schrift mit der Spitzmarke: „Wir dürfen nicht“. Es heißt in der Zeitschrift: „Herr Götz (der liberale Kandidat im Wahlkreis Weisenburg-Hagenau) hat Recht in allen Sätzen, wir möchten für ihn auch gern stimmen, aber — wir dürfen nicht! So äußerten sich katholische Wähler des Kreises Weisenburg, die eine der patenden Werberreden des liberalen Reichstagskandidaten gehört hatten. Wir möchten wohl — aber wir dürfen nicht. Wir wollen auch liberale Zeitungen lesen, aber wir dürfen nicht. Es ist eine Schande, wie es bei uns zugeht. Man muß sich ja schämen zu sagen, daß man Katholik ist! Wo sind die Massen liberaler Katholiken früherer Zeiten in unserem Lande, schlafen sie alle? Rollen sie die Faust nur im Saak? Die Zeitschrift ist bezugnehmend für die dortigen Verhältnisse. — Ebenso bezeichnend ist eine Mitteilung der Straßb. Bürgerzeitg. aus Wommensheim. Eine dortige Wahlversammlung, in der der liberale Kandidat Fuchs sprechen wollte, wurde durch kirchliche Machenschaften gestört. Schon vormittags wußte man, daß der Redner nicht zu Worte kommen dürfte. So war es denn auch. Auf das „warum?“ gibt folgender Tatsachend Antwort: Der Herr Vikar Zug redete nach Schluß der Religionsstunde die Schulkinder wie folgt an: „Heute abend kommt ein Mann in die Wirtschaft, um eine Rede zu halten. Derselbe soll jedoch nicht verstanden werden. Ihr alle werdet mir heute um die Zeit in der Wirtschaft sein und so stark lärmern, daß der Mensch nicht gehört wird. Verstanden?“ Mit solchen Mitteln glaubt die Gesellschaft den Merkantilismus zu retten! Und was sie dabei auf die Schulkinder für eine „erzieherische Wirkung“ ausüben, das ist dieser Sorte ganz egal. Nehmliche geistliche Wahlbeeinflussungen unter Mißbrauch der Kanzel werden noch aus dem Episcopischen Wahlkreis, aus dem elsässischen Wahlkreis Altkirch-Thann, ferner aus Hirsberg gemeldet. Hoffentlich ist der neue Reichstag so zusammengesetzt, daß er im Gegensatz zu dem aufgelösten Reichstage mit diesen geistlichen Agitatoren einmal ein ernstes Wortchen reden, d. h. daß er vor allem Wahlen, die auf solche Weise zurande gekommen sind, für ungültig erklärt. So wird er sich hoffentlich nicht prostituieren, wie dies der alte Reichstag bei der Wahlprüfung Wiltberger getan hat. An die Postbediensteten hat der Staatssekretär des Reichspostamts eine besondere Verfügung in bezug auf die Reichstagswahl erlassen. Die Verkehrsämter waren bereits von den Oberpostdirektionen angewiesen worden, dem Personal die Ausübung des Wahlrechts zu ermöglichen. Der Staatssekretär erinnert hierzu daran, daß während der erforderlichen Dienstbefreiungen nicht nur die Beamten und Unterbeamten, sondern auch die außerhalb des Beamtenverhältnisses stehenden Personen ohne Ausnahme im unverkürzten Genusse ihres Dienstverhältnisses verbleiben. Der Fürst von Fürstberg in Donauerschingen, bei dem der Kaiser häufig zur Jagd weilt, hat, wie die „Babische Landeszeitung“ mitteilt, dem liberalen Wahlkomitee seine sämtlichen verfügbaren Gefährte für die Wahlreisen zur Verfügung gestellt. Bekanntlich ist der Fürst und seine Gemahlin streng katholisch. Zur Naturgeschichte der Mittelstandsvereinigung. Wie der „Bayer. Kur.“ zu melden weiß, hat die Diszgruppe München der deutschen Mittelstandsvereinigung nicht nur beschlossen, im Wahlkreis München I für den Zentrumskandidaten R. R. Nagler einzutreten, in den übrigen Wahlkreisen aber den Wählern die Wahl frei zu stellen, sondern auf keinen Fall einem Kandidaten vom freisinnig-liberalen Bloch oder einem Sozialdemokraten die Stimme zu geben.

Reichstagskandidat aller liberal gestimmten Wähler ist
Gutsbesitzer Koch = Unterjarnstedt.